

Susanne Hennig-Wellsow  
Vorsitzende

Landesvorstand Thüringen

Eugen-Richter-Str. 44  
99085 Erfurt

Telefon 0361 / 6011130

Telefax 0361 / 6011141

shennig@die-linke-thueringen.de  
www.die-linke-thueringen.de

Bankverbindung:

Sparkasse Mittelthüringen

IBAN: DE10820510000130029459

BIC: HELADEF1WEM

DIE LINKE, Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

QueerWeg  
Verein für Thüringen e.V.  
AG Wahlprüfsteine  
Schopenhauerstraße 21  
99423 Weimar

Erfurt, 30.09.2019

**Antwort der Partei DIE LINKE. Thüringen auf die Wahlprüfsteine von QueerWeg – Verein für Thüringen e.V., Euer Schreiben vom 16.09.2019**

Liebe Aktive des QueerWeg e.V.,

im Namen des Landesverbandes der LINKEN Thüringen möchte ich mich zunächst bei Euch für die Übermittlung der Wahlprüfsteine von QueerWeg – Verein für Thüringen e.V. recht herzlich bedanken.

Ich möchte Euch auf diesem Wege unsere Antworten auf Eure Wahlprüfsteine übermitteln. Sie sind als Anlage dieser Mail beigefügt.

Wir stehen selbstverständlich auch für weitere Fragen gern zur Verfügung.

Für Eure weitere Arbeit und persönlich möchte ich Euch alles Gute wünschen.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Hennig-Wellsow

Anlage:

# **DIE LINKE.**

T H Ü R I N G E N

Landesgeschäftsstelle

Eugen-Richter-Str. 44  
99085 Erfurt

Telefon 0361 / 6011130

Telefax 0361 / 6011141

lgst@die-linke-thueringen.de  
www.die-linke-thueringen.de

Bankverbindung:

Sparkasse Mittelthüringen

IBAN: DE10820510000130029459

BIC: HELADEF1WEM

## Wahlprüfsteine von QueerWeg – Verein für Thüringen e.V. zu den Landtagswahlen 2019 - Antwort der Partei DIE LINKE THÜRINGEN

Präambel:

Das Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt wurde von der Thüringer Landesregierung am 30.01.2018 beschlossen. Es enthält eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz und zur Verbesserung der Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ\*) im Freistaat Thüringen.

### **1. Wie steht Ihre Partei insgesamt zum Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt?**

Wir begrüßen sehr, dass mit dem Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt zum ersten Mal in Thüringen ein Landesprogramm entwickelt wurde, was sich der Akzeptanz der Vielfalt von geschlechtlichen Identitäten, sexuellen Orientierungen und vielfältigen Lebensentwürfen widmet und umfangreiche Maßnahmen für Thüringen ableitet. DIE LINKE. Thüringen steht für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Wir wollen dazu beitragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*- und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ\*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Deswegen haben wir auch in unser Wahlprogramm aufgenommen, das wir das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt verstetigen wollen. Damit die im Landesprogramm enthaltenen Maßnahmen volle Umsetzung erfahren können, soll das Landesprogramm besser finanziell ausgestattet und die Koordinierungsstelle ausgebaut werden.

### **2. Welche der darin vereinbarten Ziele wurden Ihrer Ansicht nach bereits umgesetzt und werden von Ihrer Partei mit getragen/unterstützt?**

Wir teilen alle im Landesprogramm aufgeführten Ziele und Maßnahmen und werden die Umsetzung mittragen.

Wir haben keine Übersicht über den Umsetzungs-oder Erarbeitungsstand aller Maßnahmen, möchten aber einige Schlaglichter nennen:

Der Landtag beauftragte die Entwicklung eines Modells der vertraulichen Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt, welches sich derzeit in der abschließenden Umsetzung befindet. Dieses Angebot gilt natürlich auch für LSBTIQ\*.

Mit dem Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen wurde die Familienförderung in Thüringen neu strukturiert. Im neuen Landesprogramm, welches die LINKE-Ministerin Heike Werner in der Legislatur 2014 bis 2019 auf den Weg gebracht hat, wurde explizit ein offener Familienbegriff verwendet: „Familie im Sinne dieses Gesetzes ist eine vom gewählten Lebensmodell unabhängige Gemeinschaft, in der Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und füreinander da sind, unabhängig von einer Eheschließung oder der Form, in der sie zusammenleben, sowie der sexuellen Orientierung.“ Damit wurde zu einer Erweiterung des Familienbegriffs und vielfältiger Geschlechterrollen beigetragen.

Um die Sichtbarmachung von LSBTIQ\*-Gedenktagen voran zu bringen, wurde durch den Ministerpräsidenten und die Thüringer Staatskanzlei in dieser Legislatur der Empfang zum CSD in den Räumen der Staatskanzlei ausgerichtet sowie die Regenbogenfahne gehisst.

Zudem brachte das Land Thüringen gemeinsam mit anderen Ländern einen Antrag in den Bundesrat ein, der in das Grundgesetz ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität festschreiben wollte. Dies hat zwar nicht unmittelbar etwas mit einer konkreten Maßnahme des Landesprogramms zu tun, entspricht aber der politischen und inhaltlichen Aussage des Landesprogramms.

### **3. Welche der darin vereinbarten Ziele möchte ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode umsetzen/unterstützen und mit welchen konkreten Schritten?**

Wir teilen alle im Landesprogramm aufgeführten Ziele und Maßnahmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Koordinierungsstelle ausgebaut wird, damit sie die Umsetzung der vielen Maßnahmen gemeinsam mit der LSBTIQ\*-community aktiv begleiten und anstoßen kann. Wir wollen die Koordinierungsstelle stärken, damit sie die betroffenen oder zur Beteiligung genannten Behörden und Ministerien besser in die Umsetzung einbinden kann und zeitliche Zielsetzungen, Prioritäten oder auch Aktualisierungen für die Maßnahmen erarbeiten kann oder eine Evaluation durchzuführen.

In unserem Wahlprogramm haben wir neben der Verstärkung des Landesprogramms, der Umsetzung der Maßnahmen, der besseren finanziellen Ausstattung und dem Ausbau der Koordinierungsstelle noch weitere Schwerpunkte gesetzt. Diese sind auch im Landesprogramm bereits mit Maßnahmen unteretzt.

Zum einen unterstützen wir die Forderung der Änderung des Abstammungsrechtes. Es soll eine automatische Anerkennung der Gebärenden und ihrer Partnerin als rechtliche Eltern des Kindes von dessen Geburt an erfolgen. Diese bundesgesetzliche Regelung kann von Thüringen aus über Aktivitäten im Bundesrat voran gebracht werden.

Zum anderen setzen wir für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein. Hier möchten wir das Thüringer Gleichstellungsgesetz schärfen.

Zudem fordern wir die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTIQ\*-Jugendliche und wollen ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ\*-Geflüchtete umsetzen. Dies möchten wir gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

#### **4. Welche Probleme und welchen konkreten Änderungsbedarfe bestehen aus Sicht Ihrer Partei hinsichtlich des Landesprogramms?**

Wir sehen, dass die Koordination und das Anstoßen zur Umsetzung der vielen Maßnahmen die Koordinierungsstelle nur leisten kann, wenn sie dafür ausreichend Ressourcen – finanzieller und personeller Art - zur Verfügung hat. Zudem braucht es sicher auch weitere Unterstützung durch die politischen Verantwortungsträger\*innen, damit sich das Landesprogramm und die Koordinierungsstelle weiter etablieren und Gehör in Verwaltung, Gremien und Behörden findet.

Nur mit einer gut ausgestatteten Koordinierungsstelle ist auch eine zukünftige Evaluation möglich.

#### **5. Wie sollte das Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt aus Sicht Ihrer Partei zukünftig weiterentwickelt werden?**

Wir finden, dass die Koordinierungsstelle ausgebaut werden muss, damit sie die Umsetzung der vielen Maßnahmen gemeinsam mit der LSBTTIQ\*-community aktiv begleiten und anstoßen kann. Wir wollen die Koordinierungsstelle stärken, damit sie die betroffenen oder zur Beteiligung genannten Behörden und Ministerien besser in die Umsetzung einbinden kann und zeitliche Zielsetzungen, Prioritäten oder auch Aktualisierungen für die Maßnahmen erarbeiten kann oder eine Evaluation durchzuführen.

Erfurt, 30. September 2019